

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint zweiwöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 480 Mf. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Zeiger Straße 30, IV.,
(Wolfsbau) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 200 Mf. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einzahlung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 14/15

Sonnabend, den 14. April 1923

27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Ausende Notizen unter: „Gesperrt“, „Streik“, „Zugzug fernzuhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperrt:

In Halle (Platz Gellert u. Co.). In Drumburg Firma Marius. In Breslau Firma Rossi-Mel. In Dettmold (Lippe) die Firma Karl Meyer u. Sohn. In Naumburg die Firma Horn, Betrieb Schieplitz. In Braunsberg die Firma Gildenberg u. Frühlingsdorf, Granit- und Schotterwerk. In Hildesheim die Firma Dräger.

Streik:

In Metten und Ebnethen (Aussperrung). In Steinach bei der Firma A. Kleinert u. Sohn. In Dreihäusen (Firma Schneider). In Berlin (Werke). In Danzig (bei einzelnen Firmen).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Diegnitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von Paderborn (Firma Gebr. Spalhoff). Von Beckum in Westfalen (Firma Jol. Sinnemann). Von Duisburg und Umgebung. Von Bielefeld, Bezirk Breslau. Von Werder a. S. (Firma F. Gruber). Von Tübingen. Von Augsburg. Von Frankfurt a. Oder. Von Hirschberg und Jannowitz in Schlesien. Von Ebershausen. Von Mannheim. Von Steitlin.

Erledigte Bewegungen.

Löbau-Opfisch. Der Streik bei einzelnen Firmen ist beendet.

Ruhrgebiet?

Die Bevölkerung im Ruhrgebiet befindet sich in einer wirklich beklagenswerten Lage, denn Willkür und Brutalität, gestützt auf militärische Machtmittel, machen sich dort immer mehr breit. Einzelne Volksgenossen werden behandelt, wie die Eingeborenen des schwarzen Erdteils von den Kolonial-„Erkennern“ im vorigen Jahrhundert behandelt wurden, und es gehört eine ziemliche Dosis Gleichmut und Disziplin dazu, wenn wir im unbesetzten Gebiet von den Vorurteilen und der nun einmal nötigen menschlichen Rücksicht absehen wollen, wie mögen erst jene Volksgenossen, die persönlich die unmenschlichen und demütigenden Behandlungen durchmachen, die Töne zusammenbeissen müssen, um sich zu beherrschen. Ausweisungen innerhalb weniger Stunden und rohe körperliche Mißhandlungen, verbunden mit seelischen Qualen, sind tägliche Vorurteile unter der Fuchtel der Fremdherrschaft im Ruhrgebiet. Wenn jetzt jedoch die Krone auf, daß eine Handvoll französischer Soldaten am 31. März sich die Vollmacht herausnahmen, ihr Maschinengewehr auf friedlich demonstrierende Arbeitermassen loszulassen; 13 Tote und mehr wie 30 Verletzte sind das traurige Ergebnis dieses militärischen Wahnsinns. Die Angst ums eigne Leben soll die Veranlassung gewesen sein, mag sein; doch in eine friedliche Masse hineinzuheulen, ist gewiß keine militärische Leistung, sondern glatter Mord, und wenn wirklich die paar Soldaten vor Angst die Beherrschung verloren haben, so gibt das Verhalten der Arbeitermassen nach der Schießerei doch sicher keine Veranlassung, an die Bedrohung und Lebensgefahr der französischen Soldaten zu glauben. Man kann sich nur wundern, daß die Arbeitermassen, wenn auch unbewaffnet, in der ersten Aufwallung die Mörder samt ihrem Befehlshaber nicht gemaht haben. Sicher ist es gut, daß nichts Derartiges geschah, gut für das besetzte Gebiet und seine schwer geprüften Bewohner; aber ebenso gut für das bis jetzt unbesetzte Gebiet. Weber den Vorgang, wie er sich abgespielt hat, wurde eingehend in der Tagespresse berichtet; die Verbandsmitglieder sind demnach bereits informiert und eine Schilderung an dieser Stelle erübrigt sich.

Regierung, Bevölkerung und Arbeiterorganisationen haben Protest eingelegt. — Protest ist in Deutschland gerade genug erhoben worden. Die französischen Machthaber mit der Pfahlschürze, die auch diesem Protest nicht mehr Bedeutung und Gewicht bei wie den früheren. Auch die übrige Welt regt sich zum Protest, darauf weist jedoch Frankreich und Belgien ebenfalls, sie bestehen, wie der Jude Sodom, auf ihrem Schein. Der Protest gegen den Massenmord wird schließlich weiter nichts zeitigen wie eine Unterjochung, vielleicht auch ein Schreien, in dem Bedauern ausgesprochen wird. Unterjochung, eventuell Strafe, Bedauern und möglicherweise Geldunterstützung können die ruchlose Tat nicht ungeschehen machen, denn 13 Arbeiter sind tot, 13 Familien zerstört, über 30 Arbeiter sind frummgeschossen, sind Krüppel und mehr wie 30 weitere Familien werden arg mitgenommen oder auch ganz zerstört.

Was soll und kann nun gegen die brutale Willkür im Ruhrgebiet unternommen werden? Das ist die Frage, die das arbeitende Volk am meisten angeht und deren Beantwortung und Ausführung uns allen auf den Nägeln brennt. Vorschläge hagelt es von allen Seiten, die einen sagen: „Selbsthilfe, Guerillakrieg, Durchhalten“ — also auch Mord —; andre wieder empfehlen: „Generalstreik, Arbeiterregierung, Solidarität mit dem französischen Proletariat“, und doch führt nach unserer Überzeugung keins von dem allen zur Beendigung der Ruhrwillkür und zur Einschränkung der Wirtschaftskrise im Bereich der deutschen Republik. Wohlverstanden, die Unmöglichkeit, außen- und innenpolitisch gesehen, und gefolgt aus den gegenwärtigen Machtverhältnissen. Es stößt jedem Eingeweihten wirklich bitter auf, wenn man aus all den Vorschlägen den nahelegendsten für die Arbeiterschaft herausgreift: „Solidarität mit dem französischen Proletariat“; das klingt so, als wenn es nur vom Willen der deutschen Arbeiterschaft abhängt. O nein! Da liegt ganz anders zugrunde und jene, die uns solche Vorschläge machen, begreifen in ihrer Phrasologie nicht, daß gerade sie ein gerüttelt Maß Schuld tragen an der Ohnmacht und Einschlaflosigkeit des französischen Proletariats; denn seine Organisationen sind außerordentlich geschwächt, ja zum Teil zerstört und ein großer Teil der französischen Arbeiter ist bereits — organisatorisch betrachtet — im kommunistischen und nationalistischen Wahnsinn tatsächlich erstickt. Das mühten in erster Linie die Kommunisten wissen, wenn sie sich von dem Vorwurf der Weltfremdheit frei machen könnten. Den deutschen Arbeitern, Beamten und Angestellten droht gewiß dieselbe Gefahr, ein Teil ist ihr bereits erlegen, und wenn es

auch die Minderheit ist, so bleibt dieser zersetzende Vorgang trotzdem eine Gefahr für das gesamte arbeitende Volk Deutschlands. Und wenn die Mehrheit dieses Volkes nicht will, daß die berechtigste Empörung im Ruhrgebiet nicht zur Selbsthilfe ausartet und im Ruhrgebiet und darüber hinaus nicht noch mehr Unglück und Verwirrung anrichtet, dann muß mit allem Nachdruck und aller Energie verlangt werden, daß die deutsche Regierung die Initiative zum Verhandeln ergreift, und auf diese nur einzig mögliche Art den Leiden der Bevölkerung im besetzten Gebiet ein absehbares Ende bereitet.

Das bisherige gegenseitige Ablauern auf den ersten Schritt zur Verständigung, wie wir es auch im Weltkrieg erlebt haben, ist für das gesamte arbeitende Volk, ja für unser gesamtes Wirtschaftsleben, nicht mehr tragbar. Schlumpert die Angelegenheit so weiter wie bisher, dann sind schließlich nationalitäre Entladungen zu erwarten und schließlich auch begreiflich, wer das nicht versteht, ist tatsächlich ein schlechter Beurteiler der menschlichen Empfindungen, wo vorherrschend das Gefühl diktiert. Solche Entladungen bessern die Lage nicht, denn der Kampf im Ruhrgebiet ist viel zu ungleich. Auf der einen Seite ist die brutale militärische Macht, bei uns nichts Gleichwertiges, sondern nur das Pochen auf Recht und Menschenwürde, und zwar von einem sowieso schon arg mitgenommenen Volk. Wir wissen aus der Weltgeschichte und aus Lebenserfahrung, daß Macht vor Recht geht. Wer die Macht hat, hat sich bisher verschluckt wenig um das Recht des andern gekümmert. Deshalb kommen wir bei dem gegenwärtigen Zustand des Ablauerns und mit dem Rechtsbewußtsein des zuerst Angegriffenen und den nun einmal vorhandenen Machtverhältnissen keinen Schritt weiter und das schlimmste ist: Die Menschenwürde und alle die guten Eigenschaften, unter der sich zur Wehr setzenden Bevölkerung gehen mittlerweile in die Binsen. Es bleibt weiter nichts übrig, wenn nicht noch größeres Unheil angerichtet werden soll, als der Macht sich fügen, den ersten Schritt zu unternehmen und am Verhandlungstisch zu versuchen, dem Zustand ein Ende zu bereiten. Mögen einige Bevölkerungsteile darüber auch zern, jedenfalls sind es jene, die weitab vom Schuß und die sonst die Folgen nicht zu spüren bekommen. Wer dem deutschen Volke andre Wege weist, handelt unverantwortlich und verfolgt dabei besondere Ziele, die dem Gesamtwohl entgegenstehen.

Die Notlage der bayrischen Natursteinindustrie

wurde von der Gauleitung zu Wunsiedel (Chr. Schmidt) in einer Eingabe an die bayrischen Staats-, Kommunal- und Baubehörden eingehend und wirksam zum Ausdruck gebracht. Was in der Eingabe über die bayrische Natursteinindustrie gesagt wird, trifft im selben Maße für alle Landmannschaften zu, sei es in Preußen, Sachsen, Baden, Hessen usw. Wir können nur wünschen, daß dieser Notruf Erfolg hat und bringen den vollen Wortlaut der Eingabe zum Ausdruck, damit sie außer den Verbandsmitgliedern auch den verschiedenen Landes- und Reichsbehörden zur Kenntnis gebracht werden kann:

„Mit Rücksicht darauf, daß den Staats-, Kommunal- und Baubehörden die Lage der bayrischen Natursteinindustrie nicht gleichgültig sein kann, fühlen wir uns heute verpflichtet, die genannten Behörden auf die Lage dieser Industrie aufmerksam zu machen und um Unterstützung durch Erteilung von Aufträgen nachzusuchen.“

In Bayern gibt es kaum einen Industriezweig, welcher in bezug auf das Rohmaterial so vollständig unabhängig vom Auslande ist, als gerade die Natursteinindustrie. Es gibt keine Geschmacksrichtung für Denkmalsarbeiten, die nicht mit Hilfe unserer eigenen Bodenschätze an Gesteinsmaterial volle Befriedigung finden könnte. Unsere, aus Naturstein ausgeführten Bauten, die Tür- und Fenstereinfassungen aus Granit, die Randsteine und Trottoirplatten unserer Straßen legen Zeugnis dafür ab, daß die bayrische Natursteinindustrie nicht nur allen Anforderungen gerecht werden kann, sondern daß diese Ergebnisse unverwundlich sind und daher auch dauernde Werte darstellen. Die Wandverkleidungen aus Marmor in allen Staats- und Privatbauten haben sich nicht nur als Zierde erwiesen, sondern ihr Wert aus hygienischen Gründen kann heute kaum mehr bestritten werden. Das in Bayern gewonnene Pflaster und Schottermaterial vereinigt in sich alle Vorzüge, die gerade für dieses Material heute unbedingt notwendig sind.

Diese Industrie, die dauernde Werte geschaffen hat und solche auf Grund der in Bayern vorhandenen Rohmaterialien noch zu schaffen in der Lage ist, durchlebt gegenwärtig eine Krise, die die Aufmerksamkeit aller Staats- und Baubehörden erfordert.

Schon während des Krieges hatte die bayrische Natursteinindustrie mehr als alle andern Industriezweige mit Betriebs- und Absatzkämpfen zu kämpfen. Eine Umstellung in die Kriegswirtschaft war für die Natursteinindustrie von vornherein ausgeschlossen. Die Hoffnung auf bessere Zeiten durch das Kriegsende war der einzige Trost, welcher Arbeitnehmer und Arbeitgeber während des ganzen Krieges besetzte. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Der unglückliche Ausgang des Krieges brachte eine in der Geschichte ohne Beispiel dastehende Verarmung des deutschen Volkes mit sich. Durch diese Verarmung des deutschen Volkes gestaltete sich die Lage der bayrischen Natursteinindustrie immer trostloser. Der Mangel an finanziellen Mitteln ließ die Verwendung von Naturstein-erzeugnissen nicht mehr zu. Mit vieler Mühe und großen Opfern mußte sich die bayrische Natursteinindustrie neue Absatzgebiete erkämpfen. Um das Begehrten dieser Industrie überhaupt noch zu ermöglichen, mußten wir jetzt monatelang zusehen, wie sich das valastarke Ausland mit unsern Naturstein-erzeugnissen nach jeder Richtung hinreichend versorgt hat. Durch die Vorgänge im Ruhrgebiet ist auch dieser schwache Hoffnungsschimmer mit einem Schlag erloschen.

Vollständiger Mangel an Absatz im Inlande aus finanziellen Gründen, Unterbindung einer jeglichen Ausfuhr durch die politischen Vorgänge, das sind die Ursachen, daß die bayrische Natursteinindustrie in eine Lage geraten ist, die heute nicht mehr ertragen werden kann.

Verfüzung der Arbeitszeit, Betriebseinsparungen und Stilllegungen, große Vorräte an allen Granitarten und Pflastersteinen, unproduktives und kostspieliges Auffapeln des Straßen- und Bahnschotters auf den Halben, das sind heute die täglichen Begleiterseinerungen, mit denen die bayrische Natursteinindustrie zu rechnen hat. Für die Arbeiterschaft ist unter diesen Umständen der Kampf um das tägliche Brot um so schwerer, weil sich die Steinbruchgebiete in Bayern vorwiegend in den ländlichen Gebieten

konzentrieren und ein Abwandern in andre Industriezweige durch Verzug unter den heutigen Verhältnissen vollständig unmöglich ist. Die Arbeiterschaft in der bayrischen Natursteinindustrie hat jetzt seit Beendigung des Krieges geradezu unglaubliche Opfer gebracht, um den Bestand der Betriebe auch weiterhin zu ermöglichen. Zum Beweis dafür gestalten wir uns, allen Staats-, Kommunal- und Baubehörden an der Hand einiger Stichtage die Löhne in der Steinindustrie seit Beendigung des Krieges vor Augen zu führen. Es betragen die Stundenlöhne:

	Am	1. Januar 1919	0,65 Mf.	für gelernte Arbeiter	0,47 Mf.	für Hilfsarbeiter
16. Mai 1919	16. Mai 1919	0,90	0,66			
1. Januar 1920	1. Januar 1920	1,60	1,20			
1. Juni 1920	1. Juni 1920	3,15	2,40			
1. Januar 1921	1. Januar 1921	3,50	2,65			
1. August 1921	1. August 1921	4,20	3,18			
1. Dezbr. 1921	1. Dezbr. 1921	5,25	3,97			
1. März 1922	1. März 1922	6,90	4,52			
1. Dezbr. 1922	1. Dezbr. 1922	158,55	120,80			
16. Febr. 1923	16. Febr. 1923	505,05	384,80			

Ein Vergleich dieser Löhne mit den Löhnen anderer Industriezweige ergibt, daß die Löhne in der Steinindustrie sehr weit hinter den Löhnen aller andern Berufsstände zurückgeblieben sind. Berücksichtigt man dabei noch, daß der Beruf der Steinarbeiter körperlich sehr anstrengend ist und die Arbeit in den Steinbrüchen sehr viel Arbeitsleistung erfordert. Die Wirkung dieser Löhne auf die Lebenshaltung in den Steinarbeiterfamilien blieb nicht aus. Neben dem Hunger als ständigen Gast gefellte sich noch die Unmöglichkeit, irgendwelche Kleidungsstücke zu kaufen oder Neuanfassungen im Haushalt vorzunehmen. Um diese unhaltbare Lage der Steinarbeiter auch nur einigermaßen zu verbessern, wurden für den Monat März 1923 Stundenlöhne von 1158.— Mf. für den gelernten Arbeiter und von 935.— Mf. für die Hilfsarbeiter vereinbart. Auch diese vereinbarten Märzlöhne können mit Rücksicht auf die jetzt jahrelang vollständig unzulängliche Entlohnung und mit Rücksicht auf die Schwere des Steinarbeiterberufes nicht als unberechtigt angesehen werden. Durch die oben aufgeführten Löhne haben wir wohl den Beweis erbracht, daß die Arbeiterschaft in der bayrischen Natursteinindustrie bei allen bisher gepflogenen Lohnverhandlungen der Lage ihrer Industrie das größte Verständnis entgegenbringt und zur Erhaltung dieser Industrie schon sehr große Opfer gebracht hat.

Um nun die bayrische Natursteinindustrie auch jetzt in sehr schwerer Zeit über Wasser zu halten und ein vollständiges Aussterben dieser Industrie zu verhindern, erwarten die Steinarbeiter, auch von allen Staats-, Kommunal- und Baubehörden Hilfe und Unterstützung.

Am Auftrag von 10 000 in der Bayrischen Natursteinindustrie beschäftigten Arbeitern müssen wir heute an alle Staats-, Kommunal- und Baubehörden das dringende Ersuchen richten, daß

1. die in Aussicht genommenen Aufträge an Natursteinerzeugnissen unverzüglich hinausgegeben werden, daß
2. allen Bestrebungen, die darauf abzielen, bestimmte Arbeiten aus Naturstein von unsern Friedhöfen auszuschließen, mit allen Mitteln entgegengewirkt wird, daß
3. den Kreisen und Gemeinden durch Gewährung von Zuschüssen die Instandsetzung und Erneuerung der Straßen ermöglicht wird, daß
4. darauf hingewirkt wird, daß bei allen auszuführenden Staatsbauten unser bewährtes Natursteinmaterial mehr als bisher Verwendung findet.

Wir verkennen die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen heute alle Behörden zu kämpfen haben, absolut nicht. Wir bitten aber zu berücksichtigen, daß die von uns geforderten Maßnahmen zum Teil nur die Ausführung von Arbeiten bedeuten, die sich in nächster Zeit doch nicht umgehen lassen und die dafür auszubringenden Mittel früher oder später doch beschafft werden müssen. Wenn wir uns zu diesem Mittel entschlossen haben, so geschah dies aus den zwingenden Gründen, die bayrische Natursteinindustrie in schwerer Zeit über Wasser zu halten. Daß diese Industrie berechtigten Anspruch auf Existenz hat, dafür legen unsere Bauten und Denkmäler, Straßen und Betriebsanlagen ein beredtes Zeugnis ab.

Wir richten aus diesen Gründen an alle Staats-, Kommunal- und Baubehörden das dringende Ersuchen, der bayrischen Natursteinindustrie durch unverzügliche Erteilung von Aufträgen unter die Arme zu greifen und dadurch den Weiterbestand dieser Industrie zu ermöglichen.

„Zur Einschränkung der Gewerkschaftspresse“

brachte die „Metallarbeiterzeitung“ vom 31. März einen recht zutreffenden Artikel. Unsere Verbandsmitglieder wurden bereits durch mehrfache Abhandlungen auf die Not der Arbeiterpresse hingewiesen, die nicht nur die Tageszeitungen heimlich, sondern auch die Gewerkschaftspresse erfährt hat. Die Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“ beleuchtet nun in ihrem Artikel die außerordentliche Gefahr, die mit der Einschränkung der Gewerkschaftspresse, wie überhaupt der Arbeiterpresse, verbunden ist und findet im weiteren in der Spatzberechnung und -begründung trotzdem ein Manko, ein bedeutendes Manko sogar, welches die Gewerkschaften mehr schädigt als die durch die Einschränkung gesparten Millionen an Vorteil bringen. Der Artikel der „Metallarbeiterzeitung“ verdient unter den Gewerkschaftsmitgliedern größte Verbreitung, denn durch die Sparmassnahmen wird wirklich ernstlich bedroht, woran ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder die Hälfte seines Lebens emsig gebaut und gearbeitet hat. Der Artikel lautet:

„Durchbar zehren Selbstentwertung, Freistreiberei und Wucher an unserm Leben. Um sich gegen die dreigestaltige Drangsal einigermaßen zu halten, wird aus der Liste der Bedürfnisse all das gestrichen, was nicht unbedingt zum Leben nötig ist oder nicht unbedingt für nötig gehalten wird. Die Einschränkungen sind immer zahlreicher und empfindlicher geworden, aber die Möglichkeit, des Leibes Nahrung und Notdurft befriedigen zu können, ist dadurch nicht gewachsen. Im Gegenteil. Auch die Versuche, durch Erhöhung der Einnahmen das Uebel zu bändigen, haben sich als aussichtslos erwiesen. Das Mehr an Einkommen reicht nie, das Mehr an Ausgaben zu begleichen. Wohl oder übel muß der Hungerriemen noch enger geschnallt werden. Menschen und Körperlichkeiten sehen sich zu verzweifelter Sparmassnahmen gezwungen. Da das Sparen an körperlicher Nahrung seine enge Grenze hat, wird an der geistigen Nahrung um so mehr gespart. Wie weit das schon getrieben wor-

den ist, lassen die zahlreichen Zeichensteine auf dem Friedhof der unabhängigen deutschen Presse erkennen.
Die Zeitung ist zwar heute in Deutschland der billigste Gegenstand. Dessenungeachtet ist ihre Begehrtheit beunruhigend dünn geworden und wird es mit jedem Tage immer mehr, weil eben die wachsende Not immer zahlreichere Schichten zwingt, auf geistige Nahrung zu verzichten. Ein bestimmter Teil der Presse spürt freilich wenig oder gar nichts von dem Glend der Zeit. Für die wirtschaftlich starken Kreise, für die Landwirte, Fabrikanten und Händler bedeutet Geldentwertung und Preissteigerung meist keinen Nachteil, oft sogar erheblichen Gewinn. Sie können ihre Presse weiter beziehen und unterstützen, so daß diese, die Arbeiter feindliche, reaktionäre, weiter blüht und gedeiht und sie ihren unheilvollen Einfluß nach wie vor erhalten, nein steigern kann.

Ganz anders, sehr schlimm steht es mit der Presse, deren Vertreter die großen Leidtragenden der Teuerung sind, mit der Arbeiterpresse. Obwohl sie mit der Erhöhung des Bezugspreises hinter den meisten bürgerlichen Zeitungen zurückgeblieben ist, ist er für eine wachsende Zahl von Arbeitern einfach unerträglich geworden. Um dem Blatte treu zu bleiben, tun sich mehrere Arbeiterleser zu gemeinschaftlichem Bezug zusammen. Ein Notbehelf, der über kurz oder lang auch noch zu teuer sein wird, ganz abgesehen davon, daß er für die Arbeiterpresse eine empfindliche finanzielle Einbuße darstellt. Und das in einer Zeit, wo sie mehr denn je Mittel und Verbreitung braucht, um ihre Stellung in der Öffentlichkeit und der Reaktion gegenüber zu behaupten. Gar mancher Arbeiter mag meinen, daß es auf ihn, den einzelnen, doch wohl nicht ankomme, oder er mag seine Gewissensbisse wegen der Abbestellung der Zeitung mit dem Hinweis beschwichtigen, daß er zuvörderst für leibliche Nahrung sorgen müsse. Dagegen ist zum ersten zu sagen, daß wenn alle Arbeiter so dächten, ihre Presse bald keinen Leser mehr hätte; zum andern ist zu erwidern, daß sich bekanntermaßen zu dem Bericht auf das Arbeiterblatt sehr bald der Zwang fügt, auf einen Teil der leiblichen Nahrung zu verzichten. Die Arbeiterzeitung abbestellen, heißt für den Proletariat, die bereite Verbesserung seines Lohnes, seines Brutes, seiner Wohlfahrt und Freiheit aufgeben, heißt den Tag der Widerung der Drangsal auf Sanft Nimmerlein verschieben. Der Bericht auf die Arbeiterpresse ist eine überaus kostspielige, gefährliche Sparerei. Was da durch der Arbeiter erübrigt, hat er über kurz oder lang doppelt und dreifach am Lohn oder für die Teuerung zu opfern, von seiner Einbuße an Freiheit und Lebensglück ganz zu schweigen.

Der Schaden, den der Rückgang der täglich erscheinenden Arbeiterpresse verursacht, könnte sich nicht in leiner ganzen Gefährlichkeit auswirken, wenn die Gewerkschaftspresse ihren bisherigen Umfang weiter behielte. Das ist indes nicht der Fall. Schon ein Duzend oder mehr Gewerkschaftsblätter sind in Seitenzahl und Blattgröße bis zur Unannehmlichkeit zusammengeschrunken. Aus dem Wochenblatt ist eine Halbmonatschrift, aus den acht Seiten sind es vier oder gar nur zwei Seiten geworden. Der Korrespondent der Buchdrucker, der dem älteren Gewerkschaftsgesellschaft zum lieben Begleiter und gern gewählten Berater geworden, erscheint jetzt nur noch zweimal die Woche und außerdem ist seine Seitenzahl und Blattgröße bedenklich verringert. Das durch seine Vielteiligkeit so unterhaltene Blatt der Dackel könnte man jetzt, wäre sein Titel nicht, für einen Handzettel halten. Mit einem andern Teil der Gewerkschaftspresse steht es nicht besser. Und einige der Blätter, die sich bisher auf ihrer alten Höhe gehalten haben, wie beispielsweise der Steinarbeiter, für den für die nächsten Wochen Einschränkungen in der Häufigkeit des Erscheinens oder der Seitenzahl an.

Es muß nun allerdings hervorgehoben werden, daß die großen Gewerkschaften, wie die Holzarbeiter, Bergleute, Schuhmacher, Maschinisten und andre ihre Blätter auf dem alten Stand gehalten haben. Daß es auch bei ihnen nicht an Versuchungen durch den Sparteufel gefehlt hat, kann man ohne weiteres annehmen. Wenn sie ihnen widerstanden haben — und hoffentlich auch furchtbar widerstanden —, so kann das als Beweis für ihren Opfergeist und ihre Weitsicht gelten.

Selbstverständlich haben auch die kleineren Blätter die Einschränkungen nicht leichts Herzens gemacht. Auch bei ihnen wird es, insoweit von den Schriftleitungen, nicht an Widerstand gefehlt haben. Aber schließlich haben sie doch der Mittelknappheit oder dem Sparzwang weichen müssen. Der Papierpreis und die andern Ausgaben der Organisation sprängen in wahnsinnigen Höhen, während ihre Einnahmen viel langsamer stiegen. Und um die Bedrängnis vollständig zu machen, ist ein erheblicher Teil des Barmittelbestandes, von dem „mündelischer“ angespart, in das Danaidenfaß der Geldentwertung verschwunden. Was tun? Den nach Sparmöglichkeiten spähenden Kassierer stehen die liebens-, acht- oder gar mehrteiligen Ausgaben der Zeitung ins Auge. Zwar wären bei einigem Spürsinn oder finanztechnischer Fähigkeit

weniger gefährliche Sparmöglichkeiten zu finden oder Verluste durch Geldentwertung hintanzuhalten, aber keine, die auf so einfache Weise dermaßen viel einzubringen scheint, wie eben die Einschränkung der Zeitung. Ueberdies läßt sich deren Notwendigkeit leicht begründen: Tolle Steigerung des Preises des Papiers, des Portos, der Druckerbzwänge, der Pachtzins. Ebenso leicht läßt sich begreiflich machen, weshalb hohe Beiträge hier gezettelt werden können: Wird die Seitenzahl nur auf die Hälfte verringert, sind sofort 50 Hundertteile der millionenproben Ausgabe zu erübrigen; eher noch größer die Ersparnis, wenn man von der wöchentlichen Ausgabe zur viertelwöchentlichen zurückgeht. Würde man gar die Zeitung ganz weglassen, dann... Einer solchen Beweisführung, ebenso einfach wie durchschlagend, ist schwer zu widerstehen. Die Einschränkung wird beschloffen, viele Millionen sind erübrigt. Aber auch gespart?

Gewiß können nun die Papiermillionen, die der Schulung, Aufklärung, moralischen Stärkung der Mitglieder hätten dienen sollen, aufgespeichert werden — um von der nächsten Geldentwertung geholt zu werden. Selbst wenn die hier erübrigten Summen wirklich vor der Markverschlechterung gerettet werden könnten, wäre die Ersparnis gering, nein, würde ein ungeheurer Verlust genannt werden müssen in Anbetracht der dadurch verursachten Vergewöhnung von geistigem Gut. Ein schwacher Kasseeinstand ist schließlich eine schwere Gefahr für die Gewerkschaft. Eine noch größere Gefahr aber dünkt einem ein schwacher Fonds von Klassenbewußtsein, Klarheit und Solidaritätsgefühl. Die schwache Klasse läßt sich verhältnismäßig schnell stark machen, wenn die Mitgliedschaft mit Klassenbewußtsein, Einigkeit und Solidaritätsgefühl geziemend erfüllt ist. Die Schaffung dieser wichtigen Vorbedingungen der Klassenstärke heißt bekanntlich viel Zeit, unläßliche Mühe und Stetigkeit der Aufklärung. Ohne diese Vorbedingungen ist der beste Teil des Strebens nach Erhaltung und Mehrung des Klassenbestandes und nach seiner nützbringenden Verwendung dazu verdammt, erfolglos zu bleiben. Das wirksamste Mittel aber, diese unerlässlichen zu erfüllen, ist die Gewerkschaftspresse. Diese einschränken, heißt den mit vielen Opfern geschaffenen Fonds von geistigem und moralischem Gut der Gewerkschaft gefährden, vergeuden, heißt weiter die oberste Vorbedingung der Vermehrung des finanziellen Gutes gefährden, vernichten, heißt auf die beste, die sicherste, die reichsten Zins tragende Geldanlage der Gewerkschaft verzichten. Was man heute durch Einschränkung der Gewerkschaftspresse zu sparen meint, muß früher oder später wieder hundertfältig ausgegeben werden.

Allein, damit ist der Schaden, den die mancherorts verübte oder beabsichtigte Sparerei an der Gewerkschaftspresse verursacht, noch nicht ganz genannt. Die allgemein steigende Not treibt, wie schon angedeutet, die politische Arbeiterpresse aus dem proletarischen Haushalt. Der Mangel an Lesestoff läßt den Arbeiter und seine Familie begieriger nach seinem Verbandsblatt greifen, wo er Aufklärung über die in einem fort auftauchenden schwierigen Zeitfragen und ehrlichen Rat zu finden hofft. Wird ihm nun auch noch die letzte Möglichkeit der Aufklärung und der Unterweisung, die Gewerkschaftspresse, beschritten, dann muß seine Widerstandskraft gegen die Einflüsse der gegnerischen Presse nachlassen. Das Ziel der gesinnungslosen Generalanzeigerpapiere wie der ausgesprochen reaktionären Presse wäre bald vollständig erreicht. An anderer Stelle der heutigen Nummer (Schwerindustrie und Kriegsschuld) wird dargestellt, welch ungeheures Machtinstrument die Ruhegeberschaft des Krieges in ihrer Presse hat und daß nicht an die Erlösung von der Geißel der Menschheit zu denken ist, solange nicht eine ebenebürtige Arbeiterpresse geschaffen. Würde man jetzt, in der Zeit der Zeitungsverkürzung, der nationalistischen Stimmungsmache, der falschlichen Beitzänge nicht alle Kraft und alle Mittel an die Erhaltung und Ausbreitung der Arbeiterpresse, der politischen und der gewerkschaftlichen, legen, die sozialistische Bewegung belastete sich mit einer lebensgefährlichen Hypothek.

Freilich soll und muß auch in der Gewerkschaftspresse sehr sparsam, rationeller gewirtschaftet werden. Dies insofern, als zu streben ist, für den Geldeaufwand die höchste Nützlichkeit zu erzielen, was neben der Beibehaltung des Umfangs gelassen kann durch Steigerung der Güte und agitatorischen Wirkung. Hierin läßt sich, wie einem zuweilen bedanken mag, noch vieles bessern. Die rationellere Wirtschaft könnte begonnen werden mit der Besserung des Inhalts, Belebung der Schreibweise, Ausmerzung der agitatorisch ganz wertlosen, aber viel teuren Raum beanspruchenden Rechnungsberichte und Lohnabrechnungen — ein Körnchen Geist ist mehr als ein Scheffel Zahlen —, mit Kürzung der Berichte von nur örtlichem Wert, Weglassung persönlicher Mitteilungen, Verminderung der Geschäftsanzeigen, die kaum die Sachkosten einbringen, und noch manches andre. Solche Einschränkungen dünken uns hier und da recht ratsam. Sie machen viel kostbaren Raum frei für agitatorischen und aufklärenden Stoff, mehrten so die Möglichkeit, die Nützlichkeit des Blattes zu steigern. Aber beileibe keine Ein-

schränkung des Umfangs oder der Häufigkeit des Erscheinens. Denn diese Einschränkung mag vielleicht Millionen an Papierwerten erübrigen, vergeudet aber Milliarden an geistigem Gold.

Die neue Kleinrentnerfürsorge.

Die tiefste Geldentwertung hat den Kreis der Fürsorgebedürftigen erheblich erweitert. Zahlreiche Angehörige des ehemaligen Mittelstandes sind zu Proletariats geworden. Vor allem gilt das von den erwerbsbeschränkten Kleinkapitalrentnern, die durch ein arbeitsreiches Leben sich ein kleines Vermögen zusammengespart haben, um in ihren alten Tagen davon leben zu können. Die Rentenversicherung hat sie um den Erfolg ihrer Bemühungen getäuscht. Gewiß haben viele dieser Leute früher alles, was mit sozialen Bestrebungen im Zusammenhang stand, bekämpft und verachtet. Sie konnten die Armenfürsorge nicht schändens genug gestaltet bekommen, haben ständig die soziale Versicherung der Kleingewerbetreibenden zurückgewiesen usw. Soll man ihnen das aber verzeihen lassen? Sie sind unter falschen Vorurteilen aufgewachsen. Ihr Schicksal erfordert Mitleid. Es muß ihnen geholfen werden, soweit dies bei unsern Geldnöten angängig und im Hinblick auf andre Steuerzahler gerechtfertigt ist.

Schon seit dem Jahre 1921 stellt das Reich Gelder zur Verteilung an die Kleinkapitalrentner zur Verfügung. Ihre Verwendung geschah nach Richtlinien, die unter andern vorsahen, daß die Länder und Gemeinden, welche diese Mittel in Anspruch nehmen wollten, selbst bestimmte Beträge zuzuschießen hatten. Die verteilten Spenden waren gelegentliche und immer einmalige. Auch die Empfänger mußten gewisse Bedingungen eingehen, vor allem die der Rückzahlung der erhaltenen Beträge im Falle des Erlöschens der Bedürftigkeit und des Todes aus dem Nachlaß. Erst im Januar 1923 hat die Reichsregierung nochmals 3½ Milliarden Mark für Zwecke der Kleinrentnerfürsorge den Ländern überwiesen. Die Verteilung eines Landesanteiles wurde erlassen, doch mußten die Gemeinden 25 v. H. der zugewiesenen Summen beisteuern. Die Verteilung dieser Gelder in den einzelnen Orten ist jetzt noch im Gange.

Die ganze Fürsorge für die Kleinrentner konnte nicht so lüdenhaft aufrechterhalten, sondern mußte in eine geregelte Form gebracht werden. Der Reichstag beschloß deshalb ein „Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge“, an dem die Sozialdemokratie fleißig mitarbeitete. Im Plenum sprach wiederholt die Genossin Schroeder zu ihm. Das Gesetz wurde Mitte Februar veröffentlicht und befindet sich jetzt in der Einführung. Neu ist an ihm zunächst, daß die Gemeinden verpflichtet sind, deutschen Kleinrentnern oder ihnen Gleichgestellten auf Antrag Fürsorge nach Maßgabe der näheren Bestimmungen des Gesetzes zu geben. Die Landesregierungen können auch die Fürsorge auf die Länder übernehmen oder den Gemeindeverbänden übertragen.

Der Kreis der Fürsorgeempfänger ist gegenüber den bisherigen „Richtlinien“ erheblich erweitert worden. Anspruchsberechtigt sind nunmehr alle bedürftigen, alte oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Vorfälle ohne die eingetretene Geldentwertung oder ohne sonstige Kriegsfolgen nicht auf diese neue öffentliche Fürsorge angewiesen wären. Allerdings sind noch einige nebenstehende Bedingungen zu erfüllen: sie müssen 1. durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, oder 2. eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft ausgeübt haben, die üblicherweise ohne Entgelt erfolgt, aber im Falle der Einstellung fremder Kräfte vergütet werden müßte, oder 3. eine wissenschaftliche, künstlerische oder gemeinnützige Tätigkeit ausgeübt haben, die ihre Arbeitskraft Jahre hindurch wesentlich in Anspruch genommen hat, oder 4. infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht in der Lage gewesen sind, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwerben. Wer ohne eigenes Verschulden sich irgendeine Versorgung noch nicht gesichert hat, kann gleichwohl behandelt werden, wenn er sich durch jahrelange Arbeit eine wirtschaftliche Stellung errungen hatte, in der ihm dies ohne Geldentwertung oder ohne sonstigen Kriegsfolgen möglich gewesen wäre.

Hiernach ist nur noch ein kleiner Kreis von Personen von der neuen Fürsorge ausgeschlossen und der Armenpflege überlassen. Nicht zum Kreise der neuen Unterstützungsempfänger gehören: 1. Personen, die auf Grund sonstiger reichsgesetzlicher Bestimmungen gleichwertige Unterstützungen erhalten (wie z. B. die Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung), 2. Personen, die infolge eigenen großen Verschuldens fürsorgebedürftig sind. Infolgedessen sind z. B. ausgeschlossen die aus eigenem Verschulden arbeitslos gewordenen und die aus Gefängnissen Entlassenen, die auch Erwerbslosenunterstützung nicht erhalten. Dagegen erstreckt sich die Fürsorge auch auf die im gemeinschaftlichen Haushalt mit dem

Ueber deutsche natürliche Bausteine und ihre Verwendung

Wir haben im Vorhergehenden vornehmlich von Hochbauten im Architektur- und Ingenieurwesen gesprochen. Aber auch im Tiefbau gibt es, das Wesen der einheimischen Gesteine noch tiefer zu ergründen und sie umfangreicherer Verwendung zuzuführen. Zum Teil werden sich ja die Erfahrungen mit dem Hochbau decken, denn in vielen Steinbrüchen, in denen man zum Beispiel Straßenbaumaterial gewinnt, kann man auch Bruchsteine, selbst solche zur weiteren Bearbeitung, herstellen. Außer Grauwacken, quarzitischen oder auch manden kompakten und harten Kalksteinen kommen für den Tiefbau mehr Tiefen- und Ergußgesteine in Frage.

Die Mannigfaltigkeit der letzteren ist aber in Deutschland noch weit größer, als die der geschichteten Gesteine. Trotzdem ist die Zahl derjenigen, die tatsächlich gebraucht werden, die sich wenigstens als bevorzugt in der Technik eingebürgert haben, verhältnismäßig beschränkt. Auch dieser Umstand hat ähnliche Ursachen, wie sie schon angeführt worden sind. Einmal ist ihre Kenntnis nicht genügend verbreitet, ja mancher kennt nicht einmal die richtigen Namen, andererseits spielt ebenso die „Mode“ eine Rolle, vielleicht auch eine gewisse Schwerfälligkeit oder Unlust, etwas zu verbrauchen, was bisher in jenem Bezirk nicht benutzt wurde. Der eine hat sich gewöhnt, mit Basalt zu arbeiten, ein anderer schwört auf Granit, wieder ein anderer für Melaphyr oder Diabas usw. Soll er sich dann aus Kostenrückichten an ein ihm bisher fremdes Gestein gewöhnen, so sieht er zunächst nur seine Nachteile gegenüber dem früher bezogenen.

Es muß da selbstverständlich den besonderen Eigenschaften jedes Gesteins Rechnung getragen werden. Eine mit Basalt oder Melaphyr beschotterte Straße verlangt andre Pflege als eine aus Quarzporphyr oder Granit, aus Kalksandstein oder Kalk, oder vielleicht auch aus Quarzite oder Hornstein. Man kann nicht ohne weiteres sagen, das eine Gestein sei „besser“ als das andre. Da kommt es auf die Verhältnisse an, die an der betreffenden Stelle obwalten. Wo liegt die Straße? Im Gebirge oder in der Ebene, im Walde oder im Freien, auf dem Nordhang oder dem Südhang, wie stark ist die Sonneneinstrahlung und Austrocknung, Wasserabfluß usw. Ferner wie stark ist der Verkehr, wird sie viel von Automobilen benutzt oder nicht. Diesen Grundbedingungen und der Beschaffenheit des Gesteins nach muß auch die Behandlung durch den Wärter angepasst werden. Was an der einen Stelle nötig ist, kann an der andern von geringerem Werte sein. An derselben Straße kann sich ein Material streckenweise sehr gut bewähren, streckenweise auch nicht, weil die klimatischen Verhältnisse verändert sind, die Steigung oder etwas andres.

Beim Straßenbau fallen die Frachtkosten ganz besonders ins Gewicht. Man wird also in vielen Gegenden gezwungen sein, sich nach geeigneten Schottersteinen oder Pflastersteinen umzusehen, die

in der Nähe zu haben sind, wenn es nicht im einzelnen Falle Verhältnisse erfordern, ohne Rücksicht auf die Kosten ein bestimmtes Material zu bevorzugen. Wie verschiedenartig die Urteile unter den örtlichen Verhältnissen ausfallen können, mag ein Beispiel lehren. Mancher Straßenbaumeister würde sich sehr sträuben, wenn man ihm vorzuschlagen würde, als Schottermaterial Kalkstein zu nehmen, während er der Meinung ist, daß allein ein sogenanntes Hartgestein dazu berufen sei. Und doch baut man z. B. im Gebiete des fränkischen und schwäbischen Jura, wo es keine Eruptivgesteine gibt, recht gute Straßen, die mit Kalkschläg aus plumpen Felsentallen oder andern Lagen kompakter Kalksteine gedeckt sind. Da kommt es lediglich auf die Behandlung an, daß z. B. der Staub rechtzeitig entfernt wird usw. Ausbesserung und Erneuerung regelmäßig befolgt werden, wenn auch in etwas kürzeren zeitlichen Abständen, als bei Hartsteinen.

Gerade für den Straßen- und Wasserbau ist das Studium der Eigenschaften der Gesteine ganz unerlässlich. Die Ergebnisse der technischen Prüfung geben uns gewiß wertvolle Anhaltspunkte, sie können aber zu großen Irrtümern führen, wenn sie nicht richtig gedeutet werden. Ohne daß man die Zusammenfassung des Gesteins genau kennt, die Beschaffenheit der Mineralien und ihre Neigung zur physikalischen und chemischen Verwitterung, ihre Verteilung und die Art ihres Verbandes — das Gefüge — ist es nicht möglich, eine treffende Bewertung der Prüfungsergebnisse vorzunehmen. Niemals kann ein einzelner technischer Versuch maßgebend für die vollständige Beurteilung eines Gesteins sein. So wenig wie die Bestimmung der Druckfestigkeit allein genügt, oder der Abnutzungstest mit dem Sandstrahlgebläse und der Bauzingerischen Scheibe, so wenig wird auch der neue, uns von Frankreich aufgegriffene Schlagversuch den Zweck erfüllen. Der Anordnung des Versuches liegt der an sich richtige Gedanke zugrunde, daß der Reibungsplasterstein in der Straße auch auf Stoß beansprucht wird, so gut wie auf Druck. Allein wir wissen doch längst, daß ein hoher Druckfestigkeitswert die Güte des Gesteins nur nach begrenzter Richtung hin erweitert. Dazu kommt, daß der Stein in der Straße nur in seltenen Fällen auf Druck in Anspruch genommen wird, die an 300 kg/qcm herankommen. Werte von über 2500 kg stellen also gewissermaßen „überschüssige“ Güte dar, oder aber das Gegenteil, indem sie andeuten, daß die Härte zu hoch ist und z. B. Sprödigkeit, Glättung und andre unerwünschte Erscheinungen zu befürchten sind. Man denke nur als Beispiel daran, daß körnige Basalte Druckfestigkeiten von 2400 kg wohl nie überschreiten, während bei dichten, wenn sie frisch sind, 4000 bis 5000 kg die Regel bilden. Dasselbe gilt vom Granit. Feinkörnige Arten sind immer druckfester und weisen Werte von 2500 bis über 3000 auf, für mittel- und grobkörnigere dagegen sind Zahlen von 2000 kg schon als vortrefflich zu bezeichnen. Auch Granite mit porphyrischer Struktur, das heißt mit feinkörniger Grundmasse, in der größere Einsprenglinge liegen, haben stets wesentlich höhere Werte, als gleichmäßig mittelförnige obwohl sie im Gebrauch keineswegs immer „besser“ sind. Es ist anzunehmen, daß der französische Stög-

versuch uns kaum einen Fortschritt bringen wird, der dazu berufen wäre, unsre bisherigen in Deutschland wohl ausgebildeten Prüfungsmethoden zu verdrängen. Wenn ein Probestück wirklich 70 Schläge eines aus 1 Meter Höhe herabfallenden Gewichtes von 4,5 kg auf bestimmter Unterlage und unter vorgeschriebener seitlicher Fassung aushält, so erfährt man eben, daß man ein ganz besonders gutes Material vor sich hat. Die andern Eigenschaften, die in den meisten Fällen ebenso wichtig, wenn nicht viel wichtiger sind, bleiben noch viel mehr unaufgeklärt als beim Druckversuch, ganz abgesehen davon, daß man sich kaum vorstellen kann, in welchen Fällen Pflastersteine in der Straße derartiger Beanspruchung unterliegen sollen. Sollten wirklich nur Steine, die der Höchstleistung genügen, zum Wiederaufbau in Frankreich zugelassen werden, so würde das lediglich eine Erschwerung der Lieferungen bedeuten und ganz gewiß würden eine ganze Menge vortrefflicher Gesteine ausgeschlossen werden. Da außerdem unvermeidliche Zufälligkeiten bei vielen Gesteinen, wie das Auftreten von Adern, kleinen Gängen, Einschlüssen, die sich in der Praxis durchaus nicht als nachteilig erweisen, die Schlagfestigkeit beeinflussen müssen, da sich Tiefengesteine je nach der Korngröße analog dem Druckversuch verschieden verhalten müssen, so werden von vornherein vortreffliche Gesteine als minderwertig erscheinen müssen. Man hat außerdem mit diesen Versuchen noch gar keine Erfahrung. Nach meiner Meinung ist es dringend notwendig, daß an möglichst vielen berufenen Stellen in Deutschland solche Versuche und Untersuchungen aufgenommen werden, um Klärung herbeizuführen. Das liegt im Interesse der Steinindustrie, denn die Zurückweisung von Lieferungen bringt schwere Verluste für alle Betroffenen mit sich.

Die Einfuhr von Gesteinen für die Verwendung im Hoch- und Tiefbau wird unter dem ungünstigen Stande unserer Währung für die nächste Zeit nur wenig in Betracht kommen, sie wird sich wahrscheinlich auf wenige Sorten beschränken, die für einzelne, namentlich wohl künstlerische Zwecke, wie sie in den Bildhauer- und Schleifereiwirtschaften benötigt werden. Um so mehr ist es an der Zeit, das einheimische Material wieder zur vollen Geltung zu bringen. Der deutschen Steinindustrie, die jahrelang so schwer zu kämpfen gehabt hat, ist Gelegenheit geboten, sich wieder emporzuarbeiten. Die Vorarbeiten müssen aber auf weitgreifender Grundlage betrieben werden. Dazu gehören unter andern einmal Tarifverträge, um die Zufuhr zu ermöglichen, und dafür zu sorgen, daß uns das ausgedehnte norddeutsche Flachland, in dem Natursteine nur in sehr geringem Umfange gefunden werden können, für die eigene Industrie erhalten bleibt und nicht bei erster Gelegenheit, lebhaft wegen der unerwünschten Frachtkosten, wieder an das Ausland verloren geht. Dazu gehört zum andern die sorgfältigste Erforschung der praktisch wichtigsten Eigenschaften des Materials, damit es auch möglichst zweckmäßig gebraucht werden kann. Wissenschaft und Praxis müssen sich unterstützen, Vertrauen neuen Vertrauen. An dem Willen der wissenschaftlichen Mitarbeiter soll es nicht fehlen.

Fürsorgeberechtigten lebenden Angehörigen, welche ihm gegenüber unterhaltsberechtigt und erwerbsunfähig oder durch die Haushaltsführung am Erwerb verhindert sind. Die Unterstützung an solche Angehörige kann auch gewährt werden, wenn kein gemeinschaftlicher Haushalt besteht.

Die Fürsorge soll sich nach Art und Umfang derjenigen für Sozialrentner anleihen. Hieraus geht hervor, daß den Kleinrentnern ein gewisses Existenzminimum zugesichert wird. Zu ihren arbeitsfähigen Bezügen wird soviel zugesprochen, daß dieses Mindesteinkommen erreicht wird. Die Unterstützung hat vor allem eine laufende und regelmäßige zu sein. Sie ist monatlich im Voraus auszuzahlen. An der Festlegung der Unterstützungen, die von einem Ausschuss zu erfolgen hat, sind die Kleinrentner durch Vertreter zu beteiligen. Die Familienangehörigen des Kleinrentners sind zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Unterhaltspflichten anzuhelfen. Ihre Leistungen sind auch auf das zu erreichende Existenzminimum anzurechnen. Im übrigen bestimmen sich Art, Umfang und Durchführung der Fürsorge nach Richtlinien, welche die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und der Ausschüsse des Reichstages für soziale Angelegenheiten und für den Haushalt festsetzt. Bis zur Festlegung dieser Richtlinien gelten die von der Reichsregierung festgesetzten, am 3. August 1922 verkündeten Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sowie das bisher in den einzelnen Ländern geltende Verfahren. Die Gemeinden können die Fürsorgeempfänger gegen Dritte (also z. B. leistungsfähige Kinder) zustehende Unterhaltsansprüche verfolgen. Die Fürsorge gilt nicht als Unterstützung im Sinne des Unterhaltungswohlführgesetzes, also als Armenpflege.

Zuständig für die Gewährung der Fürsorge ist die Gemeinde oder der Gemeindeverband des Wohnortes des Kleinrentners. Als Wohnort gilt der Ort, an dem sich der Kleinrentner mit der Absicht längerer Verbleibens und nicht nur vorübergehend aufhält. Ist der Antragsteller auf fremde Kosten in einer Anstalt untergebracht oder selbst eingetretet, so ist die Gemeinde zuständig, die vor der Aufnahme in die Anstalt sein Wohnort hatte. Gegen die Festlegung oder Ablehnung von Fürsorgemaßnahmen ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde (für Landgemeinden also an den Landrat, für Städte an den Regierungspräsidenten) zulässig. Diese entscheidet endgültig.

Das Reich gestattet den Gemeinden im Rahmen der im Reichshaushaltssatz zur Verfügung gestellten Mittel 80 v. H. der ihnen durch die Fürsorge nach Maßgabe des neuen Gesetzes und der Richtlinien entstehenden jährlichen Aufwendungen. Ueberrimmt eine Landesregierung die Aufwendungen für nicht leistungsfähige Gemeinden nicht auf das Land, so bestimmt sie den Gemeindeverband, der für sie einzutreten hat. Die unterhaltspflichtigen Angehörigen und die Arbeitgeber der Fürsorgeempfänger sind verpflichtet, den Gemeinden und Gemeindeverbänden bei Anfragen Auskunft über alle für die Fürsorge erheblichen Tatsachen zu geben. Die neue Einrichtung bedeutet zweifellos einen sozialpolitischen Fortschritt. Es wird allerdings noch einiger Zeit bedürfen, bevor sie sich richtig einlebt und in die richtige Bahn kommt. F.K.

Aus den Zahlstellen.

Zahlstellenarbeit. Ueber die Aufgaben der Zahlstellenverwaltungen ist eigentlich schon recht viel geschrieben worden, doch genügt es anscheinend noch nicht; denn in einigen Orten verlagern die führenden Kollegen bei den elementarsten Grundbedingungen im gewerkschaftlichen Organisationsleben, obgleich im Statut, das doch jeder Funktionär mindestens beherrschen muß, das Nötige dazu festgelegt ist. — In den regelmäßigen Verhandlungsanstörungen muß dieser betrübende Uebelstand immer wieder festgestellt werden. Das hauptsächlichste ist, daß trotz aller Mahnungen, Belehrungen und Beschlüssen noch Streikmaßnahmen einlaufen, wenn die Arbeitseinstellung bereits zur Tatsache geworden ist!

Dieser unhaltbare Zustand, der dem Verbandsvorstand und in erster Linie der Hauptkassse jedes Dispositionsvermögen nimmt und die streikenden Kollegen eventuell um ihre Geldunterstützung bringt, muß beseitigt werden. Der Verbandsvorstand in seiner Gesamtheit hat erneut einmütig beschlossen, solchen Streiks die Unterstützung aus der Hauptkassse zu verweigern. In den örtlichen Vorständen ist unbedingt darauf zu achten, daß der örtliche Vorstand, wenn am Ort eine Arbeitseinstellung nicht mehr zu umgehen ist, den Verbandsvorstand vorher von dieser beabsichtigten Arbeitseinstellung zu unterrichten hat. Der die Arbeitseinstellung beschließende Verbandsvorstand muß in jedem Fall das schriftliche Einverständnis des Verbandsvorstandes zu dieser Handlung vorlegen. Darauf haben auch die Verbandsmitglieder zu achten, denn sie sind letzten Endes die Leidtragenden, wenn der örtliche Vorstand verlagert. Diese Selbstverständlichkeiten dürfen nicht mehr besonders hervorgehoben werden brauchen. In letzter Zeit ist es sogar mehrfach vorgekommen, daß Ortsangehörige sich einfach über die Grundbedingungen hinwegsetzten, wohl in dem guten Glauben, daß sie, weil angestellt, nun in dieser Hinsicht besondere Vollmachten haben. Diese Auffassung ist durchaus irrig!

Die verlangte Vorhermeldung hat mit Vertrauen und Vollmacht nichts zu tun, sie ist ganz einfach eine Organisationsgrundregel, sogar bitter notwendig, um das feste Gefüge der Organisation zu erhalten. Dabei spielt es zunächst gar keine Rolle, wieviel Streikende in Betracht kommen. Eine Organisation, in der jeder glaubt tun und lassen zu können, was ihm beliebt, oder in der einzelne Orte sich über die Bestimmungen des Statuts und der Streikrichtlinien hinwegsetzen, ist keine wirksame Vertretung der Kollegenforderungen, ja ist keine Organisation; denn letzteres heißt zunächst Ordnung, heißt, sich unbedingt einigen im selbstgeschaffenen Rahmen; nicht wegen des Verbandsvorstandes oder der Hauptkassse, sondern wegen der übrigen Orte und Mitglieder, deren Sachverwalter der Verbandsvorstand mit ist und deren Vorhaben durch willkürliche Handlungen anderer schwer geschädigt werden kann. Das will sicher niemand, daher muß der vorstehend angeordnete Vorgang in unserem Verbande ausbleiben, ehe großer und empfindlicher Schaden für die Gesamtmitgliedschaft daraus entsteht.

Ein anderer Uebelstand ist die mangelhafte Begründung bei Anträgen an den Vorstand auf Rechtschutz, Notfallunterstützung usw. Die Redaktion hat schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Vorstandsmitglieder in der Beurteilung solcher Anträge nur auf deren Begründung angewiesen sind, wo diese verlagert, müssen natürlich die Beschließenden ebenfalls verlagern. Die Folge ist also Ablehnung, oder direkt überflüssige Hin- und Herschreiberei, unnütze Geldausgaben; dazu noch Verzug und Erbitterung unter den betreffenden Mitgliedern. In Rechtschutzangelegenheiten hat diese Art der mangelhaften Begründung schon recht unangenehme Begleiterscheinungen gehabt, die immer zum Nachteil einzelner Kollegen waren. In Unkenntnis des Zusammenhangs wird dann der Vorstand nicht auf den oder die Urheber (Begründung), sondern auf den Verbandsvorstand abgeladen. Darum ist immer und dringend zu raten, sich von dem Inhalt des Statuts zu überzeugen und danach auch zu handeln. In anderen Fällen, die im Statut nicht näher dargelegt sind, sagt gewiß einiges Nachdenken, wie man sich zu verhalten hat. Alle Unterstützungsanträge, die nicht das Verbandsmitglied selbst betreffen, oder Rechtsstreitigkeiten, die nicht mit dem Arbeitsverhältnis, nicht mit der Sozialgesetzgebung, nicht mit der Gewerkschaftsbewegung im ursächlichen Zusammenhang stehen, sende man vom Ort nicht erst ein, denn sie können auf Grund unseres Statuts nicht berücksichtigt werden.

Zur Beachtung! In fast allen Zahlstellen macht sich Arbeitslosigkeit bemerkbar, es ist deshalb Pflicht der reisenden Kollegen, ehe sie auf den einzelnen Arbeitsstellen vorprechen, sich vorher beim örtlichen Vorstehenden oder Kassierer zu erkundigen. Diese

Maßnahme ist immer notwendig und gilt für alle Orte. Eine Befragung der einzelnen Zahlstellen, die so oft verlangt wird, erfolgt nicht. Die jegliche Wirtschaftskrise läßt einigen Unternehmern den Kamm wieder recht schwellen. Erst haben sie mit allerhand Versprechungen die Arbeitskräfte herangezogen und nun die Abkündigung flucht, wird mit ihnen aufgeräumt, kurzerhand gekündigt und entlassen. Einige benutzen die Notlage der Kollegen und wollen wieder Affordarbeit einführen, oder die Unorganisierten werden in auffälliger Weise bevorzugt. Es ist immer dieselbe Geschichte, immer das alte Lied. Nachher wundern sich die Unternehmer, wenn bei besseren Arbeitsmöglichkeiten unsere Kollegen ihre Ansprüche dementsprechend einstellen. Wohl zwingt, soweit Entlassungen in Frage kommen, die Finanzlage manchen Unternehmer zu diesen Maßnahmen, denn unter ihnen sind nicht wenige, die von heute auf morgen die Einteilung treffen, mit denen wollen wir auch nicht rechten, aber es gibt mittlere und größere Firmeneinhaber, die keine andere Erparnis kennen als — Entlassungen. Und dann diese noch mit allerhand Schiebung, Spitzfindigkeit, ja Frechheit vollziehen wollen. Die Verhältnisse gestalten es ihnen ja, sie sind jetzt die Stärkeren, sind es nicht die Unternehmer selbst, dann schließlich das Aufsichtspersonal. Der Redaktion liegen eine Anzahl solcher örtlichen Meldungen vor, bei Gelegenheit werden sie mit verwendet.

Die Entlassungen und ihre Begleiterscheinungen sind nun geeignet, die Kollegen durcheinander zu bringen, und zwar immer dort, wo das Band der Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl noch recht locker ist. Gelingt dieses Durcheinanderbringen, dann freuen sich alle Widersacher, und mancher Unternehmer und sein Vertreter hat dann erreicht, was sie wollen. Dieser Zustand muß, wo irgend möglich, unbedingt vermieden werden. Wir haben in unserm Verbandsorte, in denen durch die Wirtschaftskrise das Solidaritätsbewußtsein die herrlichsten Früchte hervorbringt, die Kollegen verlor durch eigene Kraft, wo sich gegenseitig die trüffeste Not abzuwehren. Es gibt Orte, wo durch einmütigen Beschluß die Arbeitenden möglichst einen Stundenlohn opfern, der den Arbeitslosen zuteil wird. Murren über die Abführung hört man nicht, es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, obgleich jeder es in seinem eigenen Haushalt bitter notwendig gebraucht. Das nennt man Solidarität! Das ist Zusammengehörigkeitsbewußtsein! Das ist Hilfe ohne große Worte, ist herrliche Kollegialität, ist Frucht der Organisation! Vielleicht kann an andern Orten ähnliches getan werden nach dem Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen!“

Bensheim. Sonntag, den 11. Februar, tagte unsere Generalversammlung, die leider schlecht besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. und 4. Quartal. Der Vorsitzende erklärte, daß sich Bücher und Rechnung in musterwürdiger Ordnung befinden. Der Kassierer wurde entlastet. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des 1. Vorsitzenden, des Kassierers und des Schriftführers. Neugewählt wurde Kollege Müller zum 2. Vorsitzenden, sowie die Kollegen Spranger, Wachtel und Keller zu Revisoren. Den Kartellbericht erstattete Kollege Blach. Er wies darauf hin, daß sechs Delegierte ins Versicherungsamt zu wählen sind, davon drei von den freien Gewerkschaften und einer von den Steinarbeitern entnommen wird. Ferner wurde vom Kartell beschlossen, daß für die Ruhestütze ein Stundenlohn abzuführen ist, welcher durch eine Ueberstunde aufgebracht wird, wozu die Unternehmer den vierfachen Betrag des Lohnes abzuliefern sich bereit erklärt haben. Der Kartellbeitrag wurde auf 30 Mk. erhöht. Den Bericht von den Lohnverhandlungen in Bamberg am 5. und 6. Februar erstattete Bezirksleiter Weidenhammer. Durch Abstimmung fanden die Beschlüsse unserer Lohnkommission einstimmig Annahme. Ueber die Stundenlöhne wird der Schlichtungsausschuss in Darmstadt entscheiden. Im Punkt Verschiedenes gab Weidenhammer Bericht über die Lohnverhandlungen in der Werkstoffgruppe. Er reichte wurden 75000 Prozent Teuerungszuschlag zum Affordtarif und 1020 Mk. Stundenlohn für Steinmehnen. Ferner kritisierte Kollege Weidenhammer wie auch der Vorsitzende Kollege Konrad, mit scharfen Worten den schlechten Verammlungsbesuch. Während die auswärtigen Kollegen fast vollständig den stundenweiten Weg zur Verammlung zurücklegen, finden es die Kollegen von Bensheim und dem nahen Auerbach nicht für notwendig, in der Verammlung zu erscheinen. Es ist genau so die Pflicht eines jeden Kollegen, die Verammlungen zu besuchen, wie das Zahlen der Beiträge. Die Verammlungschwänzer haben kein Recht, über irgendwelche Maßnahmen der Verbandsleitung zu kritisieren, da sie selbst ihre Pflicht nicht erfüllen.

Stettin. Wie überall, so haben auch wir Steinarbeiter hier in Stettin schwer unter dem Einfluß der Nachkriegszeit zu leiden. Die gewaltigen Teuerungswellen, die unser gesamtes Wirtschaftsleben dauernd aufwühlten und zerrütteten, trachten die Existenzmöglichkeit der großen Masse immer mehr in Frage. So war es auch uns trotz aller Mühe nicht möglich, unsere Löhne den allgemeinen Verhältnissen auch nur einigermaßen anzupassen. Man sollte meinen, in einem reinen Agrarland, wie Pommern, müßten vor allem die landwirtschaftlichen Produkte billiger sein, als in Gegenden, in welchen die Industrie vorherrschend ist; aber weit gefehlt, da denken unsere Agrarier anders. Wir haben uns also auch hier die größte Mühe, unsere Löhne den gegebenen Verhältnissen anzupassen, haben mehrmals das letzte Mittel angewandt. Durch den letzten im Jahre 1921 geführten Streik, der nach 9 Wochen ohne Erfolg abgebrochen werden mußte, kamen wir noch weiter juristisch. Wie überall, so wurde die Situation nach einem für uns verlorenen Kampf von den Arbeitgebern dazu benutzt, unsere Löhne niedrig zu halten. So ist es denn gekommen, daß wir jetzt in Stettin einen Stundenlohn von 1055 Mk. haben, während die übrigen Berufs, ganz gleich, Bauberufe oder Industrie und Fabrikarbeiter alle weit höhere Löhne haben, die Maurer z. B. 1400 Mk. Die Schleifer und Hilfsarbeiter leiden natürlich ebenfalls an zu geringen Löhnen. Die Folgen dieser Verhältnisse sind, daß von circa 30 Steinmehnen schon rund 15 Kollegen den Beruf verlassen und in anderen Branchen und auch in Fabriken Beschäftigung fanden. Auch viele Kollegen der Marmorbranche folgten diesem Beispiel, um ihren Familien ein besseres Auskommen zu bieten. In einer Sitzung des Schlichtungsausschusses vom 28. März wurde uns eine Zulage von 10 Prozent gewährt. Wir erklärten uns bereit, auch diese bescheidene Zulage anzunehmen. Unsere Arbeitgeber dagegen lehnten diesen Schiedsspruch ab, da ja nichts teurer geworden sei. Seit längerer Zeit werden nun im „Steinbildhauer“, kürzlich auch im „Steinarbeiter“ Steinmehnen für dauernde Beschäftigung nach Stettin gesucht. Bei Lohnverhandlungen wird uns stets erklärt, keine Aufträge, noch sonst Arbeiten zu haben, und doch sucht man Leute. Unsere hiesigen Arbeitgeber könnten hier am Ort genügend Steinmehnen bekommen, man brauchte nur einen besseren und auskömmlichen Lohn zu zahlen. Statt dessen versucht man immer mehr fremde Steinmehnen nach Stettin zu ziehen, um auf diese einfache Weise unsere Löhne noch weiter niedrig halten zu können. Verschiedene hier zugewandene Kollegen reisten sofort wieder ab, als sie unsere Lohnsätze hörten. Kollegen, wir sind organisiert, um neben anderem unsere wirtschaftliche Lage, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und stets vorwärtszustreben, um als Mensch stets in der Lage zu sein, unsere einzige „Ware“, die Arbeitskraft, gut zu erhalten, und so unsere Familien in menschenwürdiger Weise ernähren zu können. Mögen nun alle reiselustigen Kollegen obige Zeilen beherzigen und uns unsere Lage hier in Stettin nicht noch erschweren. W. Z.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Deutschlands Außenhandel in Natursteinen. In Nr. 10 des Steinarbeiters brachten wir eine auf die Ausfuhr bezügliche Notiz. Heute finden wir in der Lage, auch auf die Einfuhr Bezug zu nehmen und die Ergebnisse beider zusammenfassend zu behandeln. Trotz des außerordentlichen Steinreichums Deutschlands kamen wir nicht ohne Einfuhr auslän-

discher Steine aus. Im Jahre 1922 wurden von der Außenhandels-nebenstelle 1141 Einfuhrbewilligungen erteilt. Ihnen standen 11 486 Ausfuhrbewilligungen gegenüber. Die eingeführte Menge betrug 516 417 Doppelzentner, die Ausfuhr 15 538 302 Doppelzentner. Der Menge nach wurde also 30mal mehr aus- als eingeführt. Der Wert der Steine läßt leider wegen der wechselnden Valuta einen Vergleich zwischen Ein- und Ausfuhr nicht zu. An Gewichtsmenge stehen die Schotterlieferungen an das Ausland mit 67 Prozent der Gesamtmenge an erster Stelle. Ihr folgen im weiten Abstand die Pflastersteine mit 16 Prozent, dann kommen die Rohsteine mit 5 Prozent, die Werksteine mit 3 Prozent, Schleif- und Mühlsteine mit 1½ Prozent, Lithographiesteine mit 1 Prozent, während Schiefer und Platten nur mit je ½ Prozent zur Ausfuhrmenge beizutragen. An sonstigen Steinen wurden noch 5½ Prozent der Gesamtmenge ausgeführt.

Vergleicht man die Werte der ausgeführten Mengen miteinander (soweit ein Vergleich wegen des wechselnden Geldwertes überhaupt möglich ist), so stehen die Werksteine mit 29 Prozent der Gesamtsumme oben, dann folgen die Pflastersteine mit 27 Prozent, der Schotter mit 19 Prozent, Lithographiesteine mit 8 Prozent, Rohsteine mit 5 Prozent, Schleif- und Mühlsteine mit 4½ Prozent, Platten mit 3 Prozent, Schiefer mit 2½ Prozent, während der Rest auf die sonstigen Steine entfällt. — Aus dem Unterschied zwischen Wert und Menge der Steine kann man das Maß der an ihnen verrichteten Arbeit erkennen. Je mehr Arbeit das Fertigprodukt erfordert, desto höher der Wert desselben. Während der Schotter in der Ausfuhrmenge an erster Stelle steht, steht er seinem Werte nach erst an 3. Stelle; die Werksteine erscheinen ihrer Menge nach erst an 4. Stelle und ihrem Werte nach rangieren sie an erster Stelle.

Kommt als Ausfuhrland hauptsächlich Holland in Betracht (74 Prozent der Gesamtmenge, welche 44 Prozent des Gesamtwerkes darstellten, gingen dorthin), steht als Einfuhrland Italien an erster Stelle. Von dort erhielten wir 59 Prozent der Gesamtmenge, welche 49 Prozent des Wertes der gesamten Steineinfuhr ausmachten. Neben Italien versorgten uns Belgien und Oesterreich in beschränktem Maße mit in Deutschland nicht vorkommenden Marmorarten. Die Graniteinfuhr war auch nur gering. Sie erstreckte sich hauptsächlich auf die nordischen Länder: Schweden, Norwegen und Finnland. Bei der voraussichtlichen Preisgestaltung des deutschen Granits (Erzeugung und Ueberführung des Weltmarktpreises) ist mit einer Zunahme der Einfuhr zu rechnen. — Die vorliegenden Zahlen ergeben, daß die Steinindustrie zur Aktivität der allgemeinen deutschen Handelsbilanz in relativ hohem Maße beigetragen hat. Leider fällt jedoch das günstige Ergebnis in der gesamten deutschen Ausfuhr wenig oder gar nicht ins Gewicht. Das Jahr 1923 wird ein bedeutend ungünstigeres Resultat zeitigen, und zwar ein so schlechteres, je länger sich der Kampf um das Rhein- und Ruhrland hinzieht, durch den die Abkämpfung der Zeit zum großen Teil völlig unterbunden sind. Hoffen wir auf eine baldige Beendigung des Konflikt.

Erhöhung des Stammkapitals beim Verband Sozialer Baubetriebe. Die fortlaufende Geldentwertung veranlaßte auch den Verband Sozialer Baubetriebe, sein Stammkapital wiederholt zu erhöhen. Im September 1920 mit 5 Millionen Gründungskapital ins Leben getreten, wurde das Kapital der G. m. b. H. im Januar 1922 auf 7½ Millionen Mark erhöht. Bei dieser Gelegenheit trat auch der Zentralverband der Steinarbeiter mit 50 000 Mark als Gesellschafter ein, dessen Verbandstag in Leipzig (Mai 1922) auch die weitere Förderung des Verbandes Sozialer Baubetriebe gutheißt. Im Oktober 1922 fand eine Erhöhung des Stammkapitals auf 25 Millionen Mark statt. Der Steinarbeiter-Verband nahm zu dieser Zeit eine Verdoppelung seines Anteiles von 50 000 auf 100 000 Mark vor, während von dem Gesamtstammkapital auf den Bauarbeiter-Verband allein 17,7 Millionen Mark entfielen. Der übrige Betrag verteilte sich auf 16 Gewerkschaften und 20 Bauhütten-Betriebsverbände.

Bei der neuesten Kapitalerhöhung beteiligten sich die Gewerkschaften in außerordentlich hohem Maße. Obgleich nur eine Erhöhung des Stammkapitals auf 100 Millionen Mark geplant war, wurden 125 Millionen Mark gezeichnet. Auch der Steinarbeiter-Verband nahm eine wesentliche Erhöhung seines Anteils (von 100 000 Mark auf 1 Million Mark) vor, was namentlich von den in den Steinmehnhütten beschäftigten Kollegen, soweit die Hütten dem Verbande Sozialer Baubetriebe angeschlossen sind, gewiß besonders lebhaft begrüßt wird.

Mit der neuesten Kapitalerhöhung ist auch eine Veränderung im finanziellen Beteiligungsverhältnis der Gesellschafter eingetreten. Während bisher der Bauarbeiter-Verband ungefähr ¼ des Stammkapitals zur Verfügung gestellt hatte, beträgt sein Anteil jetzt fast mehr ganz die Hälfte. Eine Schwächung seines Einflusses auf die Geschäftsführung des Verbandes Sozialer Baubetriebe dürfte mit der veränderten Lage weder verbunden noch erwünscht sein. Der Steinarbeiter-Verband wird auch ferner regen Anteil an der Ausgestaltung des sozialen Unternehmens nehmen.

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbau. Nach den Ermittlungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ stellten sich die Baustoffpreise in Deutschland für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche Anfang März 1923 wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. März 1923
Mauersteine	700.—	5170 000.—
Zement	60.—	348 000.—
Stübenstark	73.—	352 000.—
Gips	12.50	60 800.—
Dachsteine	243.50	1 242 000.—
Rohrgewebe	23.50	138 000.—
Ranholz	264.—	2 000 000.—
Fußboden	152.50	934 500.—
Zink	55.50	460 200.—
Glas	84.—	374 000.—
Summa 1668.50		11 079 500.—

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1668.50 Mk. am 1. Juli 1914 auf 11 079 500 Mark am 1. März 1923 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist hier eine Preissteigerung auf 657 000 eingetreten. Die Baustoffe sind also seit 1914 auf das 657fache und innerhalb des letzten Monats um rund 70 Prozent gestiegen.

Gewerkschaftliches. Mit dem 31. März haben zwei bewährte Gewerkschaftsblätter ihr Erscheinen eingestellt: „Der Töpfer“ und die „Glaser-Zeitung“; deren Verbände sind seit dem 1. Januar 1923 in den Baugewerksbund aufgegangen. „Der Töpfer“ hat 30 Jahre, die „Glaser-Zeitung“ 28 Jahre ununterbrochen treu und tapfer ihre Berufsgenossen und deren Ziel vertreten; beide Zeitungen haben sich jedoch nicht darauf beschränkt, nur das engere Berufliche zu behandeln, auch die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben der Arbeiterschaft sind nicht zu kurz gekommen. Ebenso wie die Töpfer und Glaser, nehmen auch wir Abschied von den beiden Kampfgenossen, die auch uns manche Anregung gegeben haben. Die beiden Zeitungen als selbständige Organe weichen der Entwicklung; der Wille der betreffenden Mitglieder war für ein Eingliedern in den Baugewerksbund, damit wird auch die äußere Form geändert. Die schriftliche Vertretung, Aufklärung und Schulung wird nunmehr dem „Grundstein“, der Wochenzeitschrift des Baugewerksbundes, obliegen; das ist ein Tausch, der nach unserer Ueberzeugung alle Beteiligten befriedigen wird.

Franz Stahl, der langjährige Hauptverwalter des früheren Bildhauerverbandes, starb am 28. Februar im Krankenhaus zu Eichenach. Er wurde am 31. März 1850 in Berlin geboren und beteiligte sich schon in jugendlichen Jahren an der Arbeiterbewegung. Am 1. Juli 1891 wurde er der erste Angestellte des Bildhauerverbandes und bekleidete dieses Amt, bis er am 1. Oktober 1917 krankheitsbedingt auscheiden mußte. Darauf siedelte er nach Eichenach über. Genosse Stahl steht bei seinen Berufskollegen in gutem Andenken, namentlich bei den älteren Bildhauern, die sein unermühtes Wirken zum Wohle der Arbeiterklasse noch selber beobachten konnten.

Der Redakteur der Betriebsrätezeitung des DGB, Dr. A. Striener, hat seine Redaktionsstelle eingestellt. Als Nachfolger wurde El. Körper bestimmt. Dr. Striener hat mit seiner Auffassung über Wirtschaftsfragen und ihrer Austragung nicht selten im Gegensatz gestanden zu der großen Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Sein Freimut war gewiss zu schätzen und seine Lauterkeit soll nicht angezweifelt werden, trotzdem wird sein Rücktritt von einem großen Teil der Gewerkschaftsmitglieder begrüßt.

Auffhebung der Betriebsrätewahlen in den Provinzen Rheinland und Westfalen. Nachdem bereits mit Verordnung vom 8. März 1923 die Betriebsrätewahlen im alt- und neubefestigten Gebiet bis 31. März 1924 aufgehoben worden sind, hat nunmehr der Reichsarbeitsminister durch eine Verordnung vom 23. März 1923 diese Bestimmungen auf die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen ausgedehnt, also auch auf die umfassensten Teile dieser beiden Provinzen.

Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:
„Auf Grund des Artikels VI Abs. 1 Nr. 4 des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 (Reichsgesetzbl. I, S. 147) wird mit Zustimmung des Reichsrates folgendes verordnet:

Der § 5 der Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Sozial- und Kleinrentnerfürsorge, soziale Wahlen) vom 8. März 1923 (Reichsgesetzbl. I, S. 164) findet auch auf den unbefestigten Teil der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen Anwendung.“

Soziales. Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen. Durch Gesetz vom 23. März 1923 (RGBl. vom 29. März 1923, S. 215) ist die Geltungsdauer der Demobilisierungsverordnungen bis zum 31. Oktober 1923 verlängert worden.

Danach bleiben also, vorläufig bis zu dem vorgenannten Termin, folgende Verordnungen in Kraft:

über Erwerbslosenunterstützung, über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920,

über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918, nebst Ergänzung vom 17. Dezember 1918, desgleichen für Angestellte vom 18. März 1919,

über Betriebsabrisse und -stilllegungen vom 8. November 1920 und

über Erweiterung der Fortbildungspflicht vom 28. März 1919, sowie zwei weitere Verordnungen, welche jedoch für die Arbeitnehmer nicht in Frage kommen.

Die Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten hat bekanntlich überhaupt Gesetzeskraft.

„Ruhrgeld.“ Dazu wird uns geschrieben: Die Kommunisten wirken nach wie vor mit den größten Unwahrheiten gegen die Ruhrgeld. Einmal behaupten sie, die gesammelten Gelder fließen den Unternehmern zu, andererseits behaupten sie, es gelte überhaupt nichts zur Unterstützung der Notleidenden. Festgestellt muß werden, daß kein Pfennig von den der Ruhrgeld zugewiesenen Geldern anders verwendet wird, als zur Linderung der Not im gesamten alt- und neubefestigten Gebiet. Festgestellt kann weiter werden, daß nunmehr eine Unterstützungsaktion in größerem Maßstab begonnen hat. So sind zunächst 500 Mill. Mark bewilligt für die Belieferung der Kurzarbeiter, Arbeitslosen und kinderreichen Familien mit Kartoffeln. Diese Hilfe soll in erster Linie den zahlreichsten Notleidenden der Textil- und Tabakindustrie im linksrheinischen Gebiet zugute kommen. 300 Mill. Mark sind als erste Rate der Zentralstelle für die Kinderhilfe zur Verfügung gestellt, um dazu beizutragen, daß kranke und kränkliche Kinder aus den besetzten Gebieten Aufnahme in Kinderheimen finden können. Dieses bedeutet eine wesentliche Hilfe für besonders bedrängte Arbeiterfamilien. 100 Mill. Mark sind bereitgestellt zur Verbesserung der Lage der durch die Franzosen inhaftierten Arbeiter und Angestellten, die in Gefängnissen des besetzten Gebietes, insbesondere an Mangel ausreichender Verpflegung leiden. Darüber hinaus stehen Verhandlungen vor dem Abschluß, um nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Notleidenden mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die einstellige Stellungnahme des Metallarbeiterverbandes und einiger Ortsausschüsse haben diese Hilfsaktion erheblich gehindert. Außerdem haben die von kommunistischer Seite geflüsterten verbreiteten Unwahrheiten dazu beigetragen, daß viele Arbeiter sich um die Hergabe eines Stundenverdienstes drückten. Den Schaden davon haben lediglich die notleidenden Arbeiter und Angestellten der besetzten Gebiete, die eines Lebensinteresses der deutschen Gesamtarbeiterschaft wegen den Kampf gegen die Abtrennung der wichtigsten Industriegebiete auf sich genommen haben. Soweit es bisher noch nicht geschehen, ist es daher die selbstverständliche Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters und Angestellten, mindestens einen Stundenlohn den kämpfenden Arbeitssoldaten am Rhein und Ruhr zu opfern. Um Verwechslungen mit dem „Volkspfer“ zu vermeiden, sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß alle für die „Ruhrgeld“ bestimmten Anweisungen zu richten sind an

Konto der „Ruhrgeld“ beim Giro-Konto der Reichsbank in Berlin, Niederwallstraße, oder durch Postcheck auf Konto „Ruhrgeld“ Nr. 57 200 beim Post-Scheckamt Berlin.

Es wird gebeten, in den Fällen, wo Ortsausschüsse oder Gewerkschaften ihre Sammlungen allein ohne Verbindung mit den Arbeitgeber durchzuführen haben, der Geschäftsstelle der „Ruhrgeld“, Berlin, Wilhelmstraße 130, eine kurze Mitteilung zugehen zu lassen, welche Summen auf das Konto der „Ruhrgeld“ eingezahlt worden sind. Gemäß den gemeinsamen Beschlüssen werden die Arbeitgeberverbände Sorge tragen, daß in diesen Fällen das Biergeld des von den Arbeitgebern eingekauften Betrages der „Ruhrgeld“ zugeführt wird.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wurden wegen Streikbruch die Steinmetzen Emil Dargatz, Emil Nikolaus und der Schleifer Albert Kolberg, sämtlich in Danzig.

Achtung, örtliche Kassierer und Revisoren! Die Quittungen der Hauptkasse über eingegangene Gelder aus den Zahlstellen werden wegen der Zeitungseinsparung nicht mehr veröffentlicht. Das muß nun Veranlassung für die örtlichen Kassierer sein, der Aufbewahrung und Ordnung der Postquittungen noch größere Sorgfalt zuzuwenden, denn sie sind nun für die Revisoren die einzige Unterlage bis auf die von der Hauptkasse verlangten Kontoauszüge.

Bekanntmachungen der Zahlstellen

Minden. Den Steinmetzen Wilhelm Wehling und Fritz Wehling darf kein neues Mitgliedsbuch ausgestellt werden, beide haben hier am Ort noch allerhand Verpflichtungen.

Aug. Hedemüller, Poststr. 36.

Büchberg. Das Mitgliedsbuch für Max Bartl ist verloren worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Adressenänderungen.

1. Gau.
Stettin. Vorj.: Hermann Schmidt, Sternbergstr. 2, III.

2. Gau.
Wünsdorf. Kass.: Hermann Sindermann, Glaser Str. 56.

3. Gau.
Freundenberg a. Main. Kass.: Anton Saalmüller.
Oberbach. Kass.: Johann Eber, Haus 36.

4. Gau.
Zobbenhagen. Kass.: Karl Wingerter, Südfeldmarkt 20.
Eichenfruth. Vorj.: Heinrich Kestner, Harnusdamm. Kass.: Wilhelm Appel.

9. Gau.
Magazin. Vorj. und Kass.: Karl Ernst Tönges.
10. Gau.
Bedheim. Vorj.: Friedr. Wöring. Kass.: Adolf Schmidt.

Berichtungen:

Stuttgart. Außerordentliche Generalversammlung Freitag, den 27. April, sofort nach Arbeitschluß im Gewerkschaftshaus. (Neuwahl der Ortsverwaltung.)

Abrechnung der Hauptkasse vom 4. Quartal 1922.

Einnahme:		
Eintrittsgeld	3.	15 206.-
Beiträge a. M.	4.	42.-
„ „ „	5.	1 870.-
„ „ „	6.	6 558.-
„ „ „	7.	3 920.-
„ „ „	8.	4 212.-
„ „ „	9.	8 195.-
„ „ „	10.	9 555.-
„ „ „	11.	170 025.-
„ „ „	12.	21 352.-
„ „ „	13.	29 678.-
„ „ „	14.	26 418.-
„ „ „	15.	19 734.-
„ „ „	16.	11 675.-
„ „ „	17.	622 161.-
„ „ „	18.	15 138.-
„ „ „	19.	410 285.-
„ „ „	20.	33.-
„ „ „	21.	703 855.-
„ „ „	22.	11 877.-
„ „ „	23.	684 957.-
„ „ „	24.	5 494.-
„ „ „	25.	1 287 893.-
„ „ „	26.	8 055.-
„ „ „	27.	1740 927.-
„ „ „	28.	101 626.-
„ „ „	29.	2 530 365.-
„ „ „	30.	2 038 465.-
„ „ „	31.	3 420 000.-
„ „ „	32.	1 866 085.-
„ „ „	33.	2 649 010.-
„ „ „	34.	2 972 175.-
„ „ „	35.	3 009 440.-
„ „ „	36.	1 714 365.-
„ „ „	37.	2 880 360.-
„ „ „	38.	4 244 125.-
„ „ „	39.	1 987 200.-
„ „ „	40.	1 114 850.-
„ „ „	41.	566 400.-
„ „ „	42.	550 420.-
„ „ „	43.	363 160.-
„ „ „	44.	1 207 200.-
„ „ „	45.	1 344 640.-
„ „ „	46.	445 910.-
„ „ „	47.	319 500.-
„ „ „	48.	90 440.-
„ „ „	49.	1 868 200.-
„ „ „	50.	121 660.-
„ „ „	51.	307 680.-
„ „ „	52.	246 480.-
„ „ „	53.	57 080.-
„ „ „	54.	358 200.-
„ „ „	55.	60 180.-
„ „ „	56.	1 440.-
„ „ „	57.	4 560.-
„ „ „	58.	800.-
„ „ „	59.	138 600.-
„ „ „	60.	85 170.-
„ „ „	61.	11 332.-
„ „ „	62.	79 593.-
„ „ „	63.	37 926,70
„ „ „	64.	13 512,50
„ „ „	65.	458 376,49
„ „ „	66.	932 951,15
„ „ „	67.	46 048 692,84

Ausgabe:		
Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitung	2 037 505,46	
b) Zentralvorstand	135 318.-	
c) Zuschuß für Lokalangelegenheiten	1 240 071,98	
d) Tarifberatungen (Tarifamtsitzungen, Reichs- und Bezirksarbitr.)	430 203,05	3 843 098,49
Für Unterstützungen:		
a) Arbeitslosenunterstützung	47 137,05	
b) Reiseunterstützung	1 079,50	
c) Krankenunterstützung	217 872,85	
d) Streikunterstützung	521 285,95	
e) Gemahregelunterstützung	2 963,50	
f) Sterbeunterstützung	11 460.-	
g) Notfallunterstützung	14 000.-	
h) Rechtschutz	46 572,20	862 371,05
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	1 373 060,20	
b) Versicherungsbeiträge	239 704,75	
c) Revisionen und Vorstandsitzungen	68 247,40	
d) Verbandsauschub	2 000.-	1 683 012,35
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	114 062.-	
b) Telefon, Schreib- und Postmaterial	113 058,05	
c) Porto, Rollgeld usw.	113 600.-	
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	186 246.-	
e) Druckkosten f. Formulare, Buchbinder und Stempel	515 251,20	
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	8 374,60	
g) Verwaltung und Depotkosten für Wertpapiere	41,10	
h) Postgebühren	13 629.-	
i) Sonstige Ausgaben	1 600.-	1 065 861,95
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	166 449,20	
b) Honorar für Mitarbeit	3 221.-	
c) Expedition	55 980.-	
d) Druckkosten und Papier	5 566 449,50	
e) Porto, Fracht, Rollgeld, Adressen, Streichhölzer für Verband	388 717,10	
f) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	43 983.-	6 224 779,80
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	25 312,55	
Für Unterrichtsstunde und Betriebsrätezeitung	19 867,90	
Beitrag an den deutschen Gewerkschaftsbund	508 974.-	
Delegationen und Konferenzen	7 375.-	
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	8 882 925.-	
Guthaben der Zahlstellen vom 3. Quartal zurück	83 179,80	
		23 206 757,89

Bilanz.		
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1922		9943 543,68
Einnahme im 4. Quartal 1922		46 048 692,84
Bestand und Einnahme im 4. Quartal 1922		55 992 236,52
Ausgabe im 4. Quartal 1922		23 206 757,89
Bestand der Hauptkasse am Schluß des 4. Quart. 1922		32 785 478,63
Davon waren beim Abschluß noch in den Lokalkassen		551 649,62
den Hauptkassen		125 246,25
der Hauptkasse		26 018 488,76
		32 785 478,63

Leipzig, im Februar 1923.		
Die Revisoren: gez. Thomas Haug, Johann Haller.		
Für den Verbandsauschub: gez. Joseph Eisner.		
Abrechnung der Zahlstellen vom 4. Quartal 1922.		
Einnahme:		
An die Hauptkasse nicht abgegebene Gelder		5 516 493,62
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen		8 882 925.-
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken		2 926 739,25
Sonstige Einnahmen		3 536 247,51
Guthaben aus der Hauptkasse zurück		83 179,80
		20 945 585,18

Ausgabe:		
Erwerbslosenunterstützung am Ort		266 173,35
Erwerbslosenunterstützung auf der Reise		8 434,10
Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit		212 373,80
Streikunterstützung		1 009 365.-
Gemahregelunterstützung		4 024.-
Sterbeunterstützung		8 405.-
Notfallunterstützung		180 784,50
Rechtschutz		3 000.-
Agitation		145 972,15
Verwaltung (persönliche)		3 108 059,78
Verwaltung (sachliche)		997 592,07
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate		728 263,52
Delegationen und Konferenzen		1 063 094,12
Sonstige Ausgaben		711 476,56
Guthaben bei der Hauptkasse		932 951,15
Bestand der Hauptkasse zurück		2 218 708,93
		11 598 678,03

Bilanz.		
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1922		5 187 248,44
Einnahme im 4. Quartal 1922		20 945 585,18
Bestand und Einnahme im 4. Quartal 1922		26 132 833,62
Ausgabe im 4. Quartal 1922		11 598 678,03
bleibt Bestand am Schluß des 4. Quartals 1922		14 534 155,59
davon gehört der Hauptkasse		5 516 493,62
den Lokalkassen		1 252 466,25
		9 017 661,87
Ludwig Geiß, Kassierer.		

Briefkasten.
B. Schm. Den Schwindel-Artikel hatte ich bereits gelesen, er ist echt christlich nach Pharisiäremanier zurechtgehackt; doch auf jedes dumme Gerede einzugehen, kann schließlich nicht verlangt werden.

Elgersh. Der Abdruck der Bestimmungen ist nicht ratsam; denn sie sind recht unklar; ändern ist nicht angebracht, weil nicht dabei mitgewirkt. Besser ist vervielfältigen lassen. Vielleicht macht es der Hauptvorstand, habe ihm die Paragraphen übergeben.

Reichenh. Solche Aufrufe können wir nicht bringen, das muß den Zahlstellen des Gaues durch Rundschreiben übermittelt werden; sonst haben wir im Steinarbeiter letzten Endes nur solche Unterstützungsgesuche und Aufrufe.

Einige Berichte, die noch von Januar- und Februarversammlungen Kunde geben, sind überholt und den Akten einverleibt.

Anzeigen

Bücher - Vorzugsangebot.
Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO 16, Engelauer 24
Handbücher für Betriebsräte, die in keiner Betriebs-Bücherei fehlen sollten.

1. Kommentar zum Betriebsrätegesetz, von Dr. G. Flotow, Grundpreis 4,00	5. Betriebsräte im Aufstiege, von Dr. G. Flotow, Grundpreis 0,40
2. Betriebsrätegesetz, Betriebsrätegesetz und Aufstiege, von Dr. G. Flotow, Grundpreis 3,50	6. Der Gesundheitszustand im Betriebe, von Prof. Dr. med. Th. Sommerfeld, Grundpreis 0,50
3. Aus der Betriebsrätepraxis, Eine Sammlung wichtiger Entscheidungen, herausgegeben von Dr. G. Flotow, 1. Teil, Grundpreis 0,75, 2. Teil, Grundpreis 1,50	7. Wie beurteilt man eine Bilanz?, von Paul Koste, Grundpreis 0,15
4. Betriebswirtschaftliche Bilanz, von Dr. a. d. R. H. H. H., 2. Aufl., 1. Auflage, Grundpreis 2,90	8. Was ist eine Bilanz?, von Paul Koste, Grundpreis 0,25
Schlüsselsatz zu vorstehend genanntem, von Dr. G. Flotow, 1. bis 4. Aufl., 2000	9. Betriebsrätegesetz und Gewerkschaftsrecht, von Dr. G. Flotow, Grundpreis 0,60

Die angegebenen Grundpreise multipliziert mit der Schlüsselsatz, ergeben den tatsächlichen Preis des Buches. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und deren Mitgliedsvereine der Gewerkschaften auf diese Angelegenheit mit 25% Ermäßigung. Die genannten Schriften wurden in der Arbeiterpresse glänzend besprochen und ihre Anschaffung wärmstens empfohlen.

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode
F. Siegler, Gießen, Rimerstr. 37.
Zum sofortigen Antritt werden mehrere Steinhauer auf Oberflächener Sandstein bei Tariflohn gesucht.
B. Neumann, Inhaber: E. Kieselbach, Didenburg i. D., Alexanderstraße 19.

Steinmetz
der selbständig arbeiten kann, für Grabsteingeschäft, vorwiegend Sandstein, gesucht.
Gebr. Dörgeles, Blotho a. d. Weser, Fernruf 108.

Geübte Pflastermacher
für I. und II. Sorte gesucht. Tarifmäßige Arbeitslohn, Reisevergütung, Unterkunft vorhanden.
Granitwerk Knapsholz bei Schierke, Oebarn.
Zum sofortigen Antritt werden 15-20 Pflasterstein-Schläger bei Tariflohn gesucht.
Martin Löwe & Co., Granitwerk Niederungshain D/S., Kreis Götting.
1-2 tüchtige Steinmetzen auf Sandstein gesucht.
Wih. Brüning, Osnabrück, Bohmerstraße 52 c.

Gestorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt sind.

In **Gummersbach** am 25. Februar der Hilfsarbeiter **Edmund Rothstein**, 26 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Strehlen** am 26. Februar der Hilfsarbeiter **Karl Heller**, 65 Jahre alt, Altersschwäche; am 25. März der Steinmetz **Adolf Griesel**, 29 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Berlin** am 7. März der Sandsteinmetz **A. Hartmann**, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Bremen** am 9. März der Sandsteinmetz **Albert Mondorf**, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Waldkirch** am 13. März der Pflastersteinmacher **Karl Fick**, 36 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Wiesbaden** am 13. März der Steinmetz **Anton Schmidt**, 34 Jahre alt, Herzleiden.

In **Reichenbach** am 14. März der Schleifer **Jakob Kessel**, 22 Jahre alt, Grippe.

In **Steinach** am 17. März der Grifflmacher **Eduard Krantwurk**, 57 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Niederland** am 19. März der Granitsteinmetz **Karl Heinrich**, 64 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Dresden-Birna** am 20. März der Mühlenarbeiter **Osw. Neumann**, 36 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 22. März der Sandsteinmetz **Gustav Schmidt**, 53 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 23. März der Sandsteinmetz **Richard Sonntag**, 52 Jahre alt, Bruchoperation.

In **Alvensleben** am 22. März der Brecher **Andreas Ahrenstedt**, 63 Jahre alt, Grippe.

In **Kirchensalms** am 22. März der Hilfsarbeiter **Jakob Schröder**, 73 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Großkunsdorf** am 22. März der Marmorsteinmetz **Johann Buchmann**, 62 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Schulpach** am 25. März der Pflastersteinmacher **Hermann Behr**, 26 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Nienstadt** am 26. März der Sandsteinmetz **Karl Peterson**, 46 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Demitz** am 28. März der Hilfsarbeiter **Richard Schwarz**, 28 Jahre alt, Unfallfolgen.

In **Wien** am 30. März der Sandsteinmetz **Karl Kroll**, 44 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.